

Aus der Diskussion in der KPÖ 22 festgehaltene Änderungsvorschläge zum Forderungsprogramm (Änderungen sind Kursiv und fett)

Neben diesen in 3 Anträgen an den Parteitag formulierten Abänderungsvorschlägen zum Forderungsprogramm wurden in der Diskussion bei unserer Mitgliederversammlung noch folgende Änderungen angeregt, die wir hiermit zur Überarbeitung durch den Bundesvorstand in Vorbereitung des Parteitages zur Diskussion weiterreichen wollen:

1) Im Vorwort, 1.Spalte, letzter Satz schlagen wir folgende Änderungen vor:
Die Stärke der KommunistInnen ist ihr Engagement in Betrieben und Büros, in Gewerkschaften, an Unis, in sozialen Bewegungen und Solidaritätsgruppen und **im Kommunalbereich**. Die KPÖ besteht aus...

2) Thema 1 „Arbeit Einkommen, Soziales, Umverteilung“
1. Spalte – letzter Satz schlagen wir vor wie folgt zu ergänzen:

Die Profite der Expansion in Osteuropa werden in Finanzanlagen gesteckt **und somit der Produktionsphäre entzogen**, die Gewinne von heute sind also die Arbeitslosen von morgen.

3)Thema 1, Seite 7 1.Spalte nach der Zwischenüberschrift im 2.Absatz müsste präzisiert werden, ob der Betrag netto oder brutto gemeint ist. Wir schlagen vor bei diesem Absatz wie folgt umzuformulieren.

Wir fordern eine aktive Lohnpolitik, die Inflation und Produktionswachstum abgilt. **Wir treten für einen gesetzlichen Mindestlohn ein. Gemessen an der negativen Kaufkraftentwicklung und dem dazu im Gegensatz stehenden Produktionswachstum und Reichtum in unserem Land wäre ein Mindeststundenlohn von zehn Euro** (hier wäre zu präzisieren ob brutto oder netto) **möglich und auch finanzierbar**.

4) Unsere Forderung nach einem Grundeinkommen ist nach der Überschrift „Sozialstaat erhalten, ausbauen, umgestalten“ mit einem Satz zwar erwähnt. Da diese Forderung in unseren letzten Wahlkämpfen einen sehr großen Stellenwert hatte, sollte sie wesentlich prominenter und auch etwas ausführlicher in diesem Forderungsprogramm behandelt werden.

5) Auch im Kapitel Sichere Pensionen wäre zu präzisieren ob die Mindestpension netto oder Brutto gemeint ist.

6) Kapitel „Gerechte Steuern“
S8, der letzte Satz in der 1.Spalte zu diesem Kapitel sollte wie folgt ergänzt werden:
Wir fordern die Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Mieten, Betriebskosten, kommunale Gebühren, Medikamente **und sonstige von der Krankenersicherung nicht übernommene von Ärzten verordnete Gesundheitsleistungen**

7) Thema 2 „Sinnvolle Mobilität“

Die Haltung zum Autoverkehr in der Gesellschaft wird in dem vorliegenden Text zu sehr auf eine Frage des Bewusstseins reduziert. Natürlich soll das Problem des „Fetisch Auto“ mit seinen im Text angeführten Klischees nicht unbeachtet bleiben. Wir haben das in unserer früheren Kritik zu den verkehrspolitischen Gründen, nicht zuletzt weil solche Klischees natürlich auch in unseren Reihen wirken, gerne ausgespart. Nicht ausgeblendet bleiben soll aber trotzdem auch die Tatsache, dass viele Berufstätige, nicht auch zuletzt auf Grund von Verschlechterungen im Angebot öffentlicher Verkehrsmittel (Schließung von Nebenbahnen,

Intervallverlängerungen aus wirtschaftlichen Gründen) Tarifierhöhungen (Bahn, Wiener Verkehrsbetriebe) längere zugemutete Anfahrtswege zum Arbeitsplatz seitens des AMS bei der Jobvermittlung) und in vielen Fällen auch zur Ausübung ihres Jobs auf einen PKW angewiesen sind.

Es reicht also nicht aus Mobilitätserziehung zu fordern. Das Angebot an öffentlichem Verkehrsmittel muss stark verbessert und vor allem billiger werden

Ich würde daher ergänzend zu unserem Antrag an den Parteitag noch folgende Änderungen vorschlagen:

Nach der Überschrift „Sinnvolle Mobilität“

Immer mehr Mobilität und Flexibilität sind Wesensmerkmale des Kapitalismus. Schranken- und grenzenlos werden immer mehr Güter- vor allem auf der Straße - transportiert. Auch *von den* Menschen, im Besonderen *von den* die Berufstätigen, *wird immer mehr* Mobilität und Flexibilität *verlangt. Auch Arbeitssuchenden werden seitens des AMS immer längere Anfahrtswege zum Arbeitsplatz zugemutet. Der Ausbau des Netzes an öffentlichem Verkehr hinkt hinter dieser Entwicklung nicht nur nach, sondern wird meist wirtschaftlich begründet oftmals verschlechtert. Die Einstellung von Nebenbahnen, Verlängerungen der Intervalle und die laufende Verteuerung der Tarife tragen dazu bei, dass immer mehr Berufstätige sich auf ihrem Weg zur Arbeit auf das Auto angewiesen fühlen und jener Teil der Bevölkerung, der es sich nicht mehr leisten kann von der erwarteten Mobilität ausgeschlossen bleibt. Laut VCÖ arbeiten 1,9 Mio. Menschen in einer anderen Ortschaft als sie wohnen, 75% davon fahren ihren Weg von ihrem Wohnort zur Arbeit und zurück mit dem PKW. 55 Mio. km werden im täglichen Autopendelverkehr zurückgelegt. In immer größeren Ausmaß sind Berufstätige (im Besonderen jene die mittels freien Werkverträgen arbeiten müssen) auch zur Ausübung ihres Jobs auf einen PKW angewiesen.*

Dazu kommt, dass das Auto neben dem Berufs- auch immer mehr im Freizeitverkehr immer mehr benutzt und immer mehr entgegen der Realität mit Klischees wie „Freiheit“ und Individualität verbunden wird.

(Weiter wie im Text von Antrag 2 der KPÖ Donaustadt formuliert)

8) Thema 4 „Demokratie, Gleichberechtigung, Selbstbestimmung, Antifaschismus
Vor der Überschrift „Minderheiten schützen, Interkulturalität fördern“ soll als letzter Satz eingefügt werden:

Die aktuell diskutierten Pläne zur Voratsdatenspeicherung und behördlich angeordneter Überwachung von Privat-PC's lehnen wir ebenso ab.

9) Im Kapitel „Kämpferische Gewerkschaften“ Seite 11, 2. Spalte schlagen wir vor den letzten Satz ersatzlos zu streichen, weil wir ihn auf Grund der Entwicklung des ÖGB für leider zu optimistisch halten. Schließen wir gesellschaftliche Veränderung ohne Stärkung der Gewerkschaften vor dem Hintergrund der letzten Entwicklungen wirklich generell in Österreich aus. Oder sollten wir uns nicht auch damit anfreunden können dass entscheidende Impulse für gesellschaftliche Veränderungen nicht auch völlig andere Organisationsformen hervorbringen mag?

10) Der 2. Absatz nach der Zwischenüberschrift „Gleiche Rechte für alle“ soll wie folgt umformuliert werden:

Wir verteidigen das Menschenrecht auf Asyl: Anstelle des rigiden Fremdenrechts muss ein **humanes** Einwanderungsgesetz treten. Flucht